Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Werktags 8 Uhr Vorm. 3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11—½1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klotzsche 5 wie an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile gewöhnlicher 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg., Doppelzeile „unterm Strich" (Einspaltig) 40 Pfg. Grundzeile für Kleinsor oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 2c.), bei 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Simon's Annenhof
Dresden.
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.
Mässige Preise.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Gewissenhaft, mässige Preise.
Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N. Hauptstr. 4
Erwirkg. und Verwertg. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz.
Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw.
Musterausstellung Auskunft kostenlos.
Telegr. Amt II, Nr. 20

Moderneste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant Wallstr. 25.

Neueste Modelle. Putz- und Modewaarenhaus Fernspr. I. 35 ꝛc. **C. Heinrich Barthel** Strohhutfabrik. Waisenhausstr. 30 Fernspr. I. 5890. **Neueste Modelle.**

Nr. 76. Spiegel: Danotaux. Hofnachrichten. Gesammtrathssitzung. Drozisten-Verein. Frühjahrs-Kontrolversammlungen. Gerichtsverhandlungen. „Orpheus und Eurydike", Concert Lalla Widorg. | Muthmaßliche Witterung: Trocken, mild. | **Mittwoch, 17. März.**

Politisches.

Der internationale Eiertanz des von der Gnade der Volkssouveränetät abhängigen Herrn Hanotaux hat am Montag einstweilen eine Kunstpause erlitten, die dem Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs die dringend nöthige Zeit zum Verschnaufen läßt. Das Parlament hat es nicht über sich gebracht, den wirklichen Diplomaten und Staatsmann, den die dritte Republik in der Person des Herrn Hanotaux unzweifelhaft besitzt, einem unbekannten Nachfolger zu opfern, von dem jedenfalls das Eine mit Sicherheit im Voraus festgestanden hätte, daß er seine Sache nicht so gut wie sein Vorgänger gemacht haben würde. Nach Eröffnung der Sitzung begründete zunächst der Radikale Goblet vor überfüllten Tribünen und bei starker Bewegung im Hause seine Interpellation über die kretische Frage. Er erklärte schlankweg, Frankreich habe im Orient überhaupt nichts zu thun, und sprach von dem Verhältniß zu Rußland einigermaßen ketzerisch, indem er meinte, Frankreich könne dadurch nicht verpflichtet werden, Etwas gegen sein Interesse zu thun. Nach ihm erklärte der Abg. Delafosse von der Rechten das europäische Concert für eine unschätzbare Wohlthat und befürwortete die Einberufung einer europäischen Konferenz. Diese Haltung bildet einen angenehmen Gegensatz zu den chauvinistischen Anschauungen, zu denen sich die französischen Konservativen der Regel nach bekennen. Hierauf gab Herr Hanotaux eine Uebersicht über den augenblicklichen Stand der kretisch-griechischen Frage, legte die Punkte dar, über die zwischen den Mächten Uebereinstimmung erzielt worden sei, und verlangte die Zustimmung der Kammer zu der von der Regierung verfolgten auswärtigen Politik. Der Minister wendete sich unter mehrfacher stürmender Unterbrechung durch die äußerste Linke gegen die Auffassung, nach der Frankreich im Mittelmeer überhaupt keine Interessen habe. Das System, das die Regierung der Kammer vorschlage, bestehe in der Theilnahme an der Beruhigung Kretas und in der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Das europäische Concert sei der einzige Gerichtshof, vor dessen Autorität Jedermann sich beugen könne. Diese Stellen der Rede Herrn Hanotaux's ernteten rauschenden Beifall seitens der Mehrheit der Kammer. Die Ausführungen Herrn Hanotaux's wurden von dem Ministerpräsidenten unterstützt. Zuletzt kam es noch zu einigen leidenschaftlichen Scenen infolge der Ausfälle des sozialistischen Deputirten Jaurès. Herr Jaurès warf u. A. den französischen Staatsmännern vor, sie verfolgten russische Politik und stellten sich nicht auf den ausschließlich französischen Standpunkt. Man tadelte Frankreich über die angeblichen franzosenfreundlichen Gesinnungen des Grafen Murawiew. Hanotaux und Méline erhoben gegen die letztere Bemerkung des Redners nachdrücklich Einspruch. Brisson rief Jaurès ernstlich zur Ordnung. Hierauf wurde die Debatte geschlossen und eine größere Anzahl von Tagesordnungen eingebracht. Eine von Goblet beantragte Tagesordnung, welche besagte, daß die Kammer entschlossen sei, eine Aktion Frankreichs im Auslande nur für eine im Einklang mit seinen wesentlichen Interessen und seinen wesentlichen Traditionen stehende Politik zu unternehmen, wurde mit 347 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Darauf fand eine Tagesordnung, welche die Erklärung der Regierung billigt und der Regierung das Vertrauen ausspricht, mit 356 gegen 143 Stimmen Annahme.

Das nächste praktische Ergebniß des von der Kammer Herrn Hanotaux ertheilten Vertrauensvotums bildet die unverzügliche Entsendung eines Bataillons (450 Mann) Marine-Infanterie nach Kreta zur Verstärkung der dort gelandeten Marinetruppen. Unmittelbar nach der Kammersitzung wurde der entsprechende telegraphische Befehl nach Toulon gegeben. Demnach ist nunmehr das letzte Hinderniß beseitigt, das von Frankreich aus der gemeinsamen Aktion der Mächte noch bereitet wurde, und die Ausführung des dreifachen Programms: Blockade Kretas und Griechenlands, gemischte Okkupation Kretas und Organisation der kretischen Verwaltung, kann beginnen. Alle Admirale haben, wie verlautet, bereits Befehl erhalten, die Blockade Kretas zu verkünden. Die Blockade der griechischen Häfen soll dagegen dem Vernehmen nach erst beginnen, wenn sich die Blockirung Kretas als unzureichend herausstellen sollte. Die griechische Flotte soll gegebenen Falls gewaltsam aus den kretischen Gewässern herausgeschafft werden. Die Blockade der griechischen Häfen soll, wie bereits früher mitgetheilt wurde, eine friedliche sein. Ueber die Bedeutung dieses Ausdrucks, der vielfach mißverstanden wird, ist zu bemerken, daß nach den Grundsätzen des Völkerrechts bei einer friedlichen Blockade fremde Handelsschiffe — Kriegsschiffe nicht — die blockirten Häfen ungehindert passiren dürfen. Nur den Schiffen der blockirten Nation, sowohl denen der Kriegs- wie der Handelsmarine, ist der Zu- und Abgang unbedingt untersagt. Bei einer kriegerischen Blockade dagegen sind die Häfen für alle Schiffe ohne Ausnahme gesperrt. Um Durchbrechungen der Blockade zu verhindern, werden gewaltsame Maßregeln ebenso bei der friedlichen wie bei der kriegerischen Blockade angewendet.

Nachdem diese wichtige Etappe zur Lösung der kretisch-griechischen Frage einmal gesichert ist, wird die fernere Bethätigung des europäischen Einvernehmens wesentlich davon abhängen, daß die parlamentarisch regierten Staaten nicht mit neuen unvermutheten Ueberraschungen aufwarten. Von England hat man anscheinend in der nächsten Zeit in dieser Hinsicht nichts zu befürchten, und in Italien wird das neu zu wählende Parlament auch schwerlich Späne machen Angesichts der ehrenvollen Stellung, die Europa dem italienischen Staate bei der Lösung der Krisis zuerkannt hat. In Frankreich dagegen bleibt die Lage des Kabinets Méline nach wie vor unsicher infolge der so während wechselnden Stimmungen und Strömungen der öffentlichen Meinung, deren heute nach unten gestoßene griechenfreundliche Richtung morgen plötzlich wieder Oberwasser bekommen kann. Eine solche Stellung ist für einen Minister des Auswärtigen zumal in kritischen Zeiten so ärgerlich und unbefriedigend, daß man wohl annehmen darf, Herr Hanotaux werde im Stillen die tiefere Ursache seiner Schmerzen, die unbedingte Herrschaft der „Prinzipien der großen Revolution" in seinem Vaterlande, zu allen Teufeln wünschen. So etwas Aehnliches läßt sich wenigstens aus einem jener offiziösen Artikel herauslesen, in denen Herr Hanotaux sich das vom Herzen zu reden pflegt, was er vor dem Parlament zu sagen nicht wagen darf. Bei der Erwähnung einer Nachricht, der zufolge Deutschland sich angeblich unter gewissen Voraussetzungen von der weiteren Verfolgung der kretischen Wirren zurückziehen wolle, stößt nämlich Herr Hanotaux den Seufzer aus: „Glückliches Deutschland, das sich zurückziehen kann!"

Kleinigkeiten sind oft bezeichnend für große Dinge. So mag es auch mit dem erwähnten Ausspruche des französischen Ministers des Auswärtigen der Fall sein. Herr Hanotaux wünscht sich aus seiner eigenen Haut heraus und möchte gern so behaglich in der Wolle sitzen, wie es nach seiner Meinung der Leiter der auswärtigen Geschäfte des Deutschen Reichs thut, der allerdings den wesentlichen Vortheil genießt, daß er nur einer Richtschnur, dem deutschen Interesse, zu folgen braucht, während Herr Hanotaux von einer Vielheit widerstreitender Direktiven hin und her gezogen wird. Einmal muß er mit dem weitgehenden Einfluß des Parlaments auf die auswärtigen Angelegenheiten rechnen, zum Anderen hat er auf das freiwillige Vasallenverhältniß seines Landes gegenüber Rußland Rücksicht zu nehmen, drittens darf er den Blick nicht von dem Loche in den Vogelsen wenden, und endlich machen ihm auch ein ganz klein wenig Kopfzerbrechen die wichtigen französischen Interessen im Orient. Alle diese vier Punkte auf einmal im Auge zu behalten, ist ein Kunststück, das selbst ein Schüler des großen Richelieu, wie es Herr Hanotaux ist, nur schwer fertig bringt. Hält es Herr Hanotaux mit dem Parlament und macht in Griechenfreundschaft, so wird Rußland vor den Kopf gestoßen. Leitet er Rußland Heeresfolge, so bekommt Frankreich weder Etwas zur Ausfüllung des Vogelsenlochs, noch ist damit seinen orientalischen Interessen ernstlich gedient, die in der Richtung auf Palästina, Syrien und Arabien liegen, während Rußlands Schicksal in Konstantinopel ruht. Greift Frankreich aber ernsthaft da zu, wo seine Saaten reifen, so verträgt sich eine solche vernünftige Realpolitik wiederum nicht mit den herkömmlichen „Sentiments" gegenüber Deutschland und Rußland. Was bei einer solchen Politik der Gefühle und Empfindungen schließlich herauskommen muß, ist klar: eine große Blamage in allen Fällen, in denen die Lage einen kühlen Kopf und nüchternes Rechnen erfordert. Einsichtige Franzosen sind sich auch wohl bewußt, daß es für ihr Land nur einen Weg giebt, um aus dem gegenwärtigen Dilemma in der auswärtigen Politik herauszukommen, nämlich die Unterdrückung des Vogesenkleens und Wiedergewinnung der freien Hand gegenüber Rußland. Die Chauvinistenpresse stürzt sich freilich mit wütendem Eifer auf jede aufdämmernde Erkenntniß dieser Art, um sie schon im Entstehen zu vernichten, indem sie die natürlichen Folgen der im Orient sich hart stoßenden Sachen als intriguante Ergebnisse der leicht bei einander wohnenden Gedanken der deutschen Diplomatie hinstellt. Deutschlands Orientpolitik solle den ausgesprochenen Zweck verfolgen, einen Keil in die russisch-französische Freundschaft zu treiben. Ganz so wie früher verfängt zwar diese Methode nicht mehr bei dem französischen Publikum. Immerhin entspricht sie aber doch noch so sehr der eigenthümlichen Denkrichtung des größten Theils der Franzosen, daß an eine entschlossene, unbeirrte Stellungnahme Frankreichs auf der Grundlage seiner wirklichen Interessen in der auswärtigen Politik für absehbare Zeit wohl nicht zu denken ist. Bei dieser Sachlage erscheint es nicht ausgeschlossen, daß am Ende der kretisch-griechischen Angelegenheit die Franzosen trotz aller Kunst des Herrn Hanotaux, wie man im Volksmunde sagt, die Dummen sein werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. März

• **Paris.** Senat. Auf die Interpellation über Kreta giebt der Minister Hanotaux Erklärungen analog den gestrigen in der Kammer ab. Der Senat nimmt hierauf mit 240 gegen 32 Stimmen eine Tagesordnung an, welche die Erklärungen der Regierung billigt.

Berlin. Reichstag. Der Auslieferungsvertrag mit den Niederlanden wird nach kurzer Debatte, in der die Abgg. Spahn (Centr.), v. Marquardsen (nl.) und v. Buchka (kons.) den Vertrag befürworten, in erster und zweiter Lesung angenommen. — Es folgt die erste Lesung des Auswanderungsgesetzes. — Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt empfiehlt die Vorlage. Wenn auch die einzelnen Fragen des Ueberfahrtstadiums durch die Hamburger und Bremer Gesetzgebung hinreichend geregelt seien, so bleibe für das Reich doch im nationalen Interesse noch das vorbereitende Stadium zu regeln übrig, sowie die Lenkung der Auswanderung von gewissen Zielen ab und nach anderen Zielen hin, je nach deren Geeignetheit. Eine Besiedelung der Schutzgebiete werde von Reichswegen erst zu fördern sein, wenn dazu die Voraussetzungen gegeben sein werden, in naher Zeit sei das aber nicht zu erwarten. — Abg. Hasse (nl.) erkennt an, daß die Vorlage dasjenige biete, was zunächst verlangt werden müsse. Sie entspreche im Allgemeinen den deutschen Wünschen, namentlich der Anschauung, daß das Interesse des Reichs nicht auftrete, wenn Jemand die Grenzen des Reichs überschreite. Der Entwurf entspreche auch kolonialpolitisch den berechtigten Wünschen. Zu bedauern sei nur, daß ein ähnlicher Entwurf nicht schon im Jahre 1881 vorgelegt worden sei. Zu wünschen wäre, daß die Rechte und Pflichten der Auswanderten geregelt würden im Sinne der Erleichterung der Ableistung der Wehrpflicht. In anerkennenswerth sorgfältiger Weise würden in dem Entwurf die Grundsätze über das Beförderungswesen festgestellt, wobei die Einzelheiten der Ausführung sehr richtig den Einzelstaaten überlassen würden; jedoch werde zwischen den einzelnen Unternehmern und den Rhederei-Gesellschaften nicht reinlich genug geschieden. Bei den eigenthümlichen Verhältnissen in unserem Westen und Südwesten werde auch den ausländischen Gesellschaften in dem Gesetz mehr Rechnung zu tragen sein. § 7 lasse einstweilen die sogenannte indirekte Beförderung noch zu; es werde zu erwägen sein, ob sie nicht ganz auszuschließen sei. Der Auswanderungsrath des Reichskanzlers sei etwas locker konstruirt, er sei eigentlich nur als begutachtend gedacht, es sei zu erwägen, ob er nicht mit weiteren Rechten auszustatten sei. Eine besonders glückliche Idee sei diejenige über die Lenkung der Auswanderung nach gewissen Gebieten. Einem Gesetz über die Auswanderung nach unseren Schutzgebieten würden wir uns für die Dauer doch nicht entziehen können. Ebenso bedürfe es eines Gesetzes über die Einwanderung. — Abg. Spahn (Centr.): Einer Regelung bedürfe auch die Rückwanderung in die Heimath. Ob die Bestimmungen über das Konzessionswesen richtig getroffen seien, bedürfe noch sorgfältiger Prüfung in der Kommission. Mit Freuden begrüße er die Einrichtung des Beiraths, dagegen vermisse er eine Vorschrift, daß Unternehmer, welche Auswanderer bei sich aufnehmen, sorgfältige Einrichtungen, die der Kontrole unterstehen zu treffen haben. — Abg. Buchka (kons.) ist mit dem Entwurf im Allgemeinen einverstanden. Etwas zu weit scheine ihm das dem Reichskanzler gewährte diskretionäre Ermessen bei dem Konzessionswesen zu gehen. — Abg. Freie (freis. Ver.): Der Entwurf will die Auswanderung von ungeeigneten Zielen ab- und nach geeigneten Zielen hinlenken. Für die geeigneten Ziele hält man die Gegenden, wo sich der Deutsche sein Deutschthum erhält und womöglich seinen Bedarf aus Deutschland deckt. Aber wie wollen Sie Sicherheit schaffen, daß das geschieht. Dabei soll dem Reichskanzler volles Ermessen gegeben werden, einen Unternehmer für die Auswanderung nach bestimmten Gegenden zu konzessioniren oder nicht. Das ist für mich und meine Freunde unannehmbar, denn es wird damit die Freiheit beschränkt und unter Umständen der Auswanderung über England Vorschub geleistet. Von dem Wirken des Beiraths kann ich mir Ersprießliches nicht versprechen, denn seine Stellung gegenüber dem Reichskanzler ist eine zu unklare. In § 7 wollen Sie die direkte Auswanderung von der Erlaubniß des Bundesraths abhängig machen, also auch die Auswanderung über England; aber das hat gar keinen Grund, uns aus einem solchen Anlaß mit England schlecht zu stellen. — Abg. Baesche (freis. Ver.) warnt ebenfalls grundsätzlich vor einer staatlichen Lenkung der Auswanderung. Texas habe früher als ungeeignetes Ziel gegolten und sei jetzt ein blühendes Land. — Abg. Forster (Reichspp.) erklärt, seine Partei begrüße den Entwurf und bedauere nur, daß er so spät komme. — Direktor Reichardt bemerkt, § 7 schaffe keineswegs ein Monopol, der 1894er Entwurf habe die ausländische Flagge sogar ganz ausgeschlossen, während der jetzige sie unter Modalitäten zulasse. — Die Vorlage geht an eine besondere Kommission. — Morgen: Antrag Kardorff, betreffend die Bäckereiverordnung, dann Antrag v. Arenberg, betreffend Maßnahmen gegen Unsittlichkeit.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Berathung des Etats des Handelsministeriums. Abg. Graf Schwerin hielt unter Berufung auf die Aussagen Stettiner Makler seine Angaben bezüglich objektiv falscher Notirungen an der Stettiner Getreidebörse aufrecht. — Abg. v. Eynern (nat.-lib.): Es sei ihm nie eingefallen, durch das Vorgehen gegen die Auswüchse des Börsenhandels die Ehre des ganzen Kaufmannsstandes für verletzt zu erachten. Auswüchse an der Börse seien vorhanden gewesen; vielleicht sei aber über das Ziel hinausgeschossen worden. Ohne Rücksichtsnahme des Börsengesetzes sei über den entstandenen Wirrwarr nicht hinwegzukommen und die Wiedererrichtung der Produktenbörsen nur zu erreichen. Redner bedauerte schließlich das Schicksal der Marineforderungen im Reichstage. Handelsminister Brefeld erklärte, die Berichte der Staatskommissare über die Frage der Freien Produktenbörsen sind noch nicht sämmtlich eingegangen. Soweit sie eingegangen sind, habe ich sie dem Oberpräsidenten vorgelegt mit dem Ersuchen, nach Anhörung der kaufmännischen Vertreter sich gutachtlich zu äußern. Diese Berichte liegen noch nicht vor, ich möchte aber bitten, den Ausgang, den diese Sache nehmen wird, in seiner Bedeutung nicht zu überschätzen, denn was mag der Ausgang sein? Entweder sind die Freien Vereinigungen keine Börsen, dann bleiben sie bestehen, oder es sind Börsen, dann werden sie aufgelöst. Damit sind aber die Produktenbörsen noch nicht wieder hergestellt, dazu bedarf es einer Verständigung zwischen den streitenden Theilen. Ohne diese wäre es thatsächlich nicht möglich, das Börsengesetz auszuführen. Während des Winters war das Geschäft in den Freien Vereinigungen ja naturgemäß sehr gering, aber es wird zunehmen und damit auch das Bedürfniß nach einer Verständigung stärker werden. Zu einer solchen giebt das Gesetz der Verwaltung breiten Spielraum. An mir soll es nicht fehlen. Am besten ist es in diesem Augenblick, die Agitationen in Leitartikeln, Interpellationen u. s. w. ruhen zu lassen. Daran müssen sich die Handelskreise allerdings auch gewöhnen, der Terminhandel ist nun einmal todt. (Lebhafter Beifall im Centrum und rechts.) Man kann nicht ein Gesetz heute erlassen und morgen wieder abschaffen. (Erneuter Beifall.) Hat sich der Handel erst darein gefunden, seine Geschäfte auch ohne Terminhandel zu machen, so wird auch bald auf neuer Grundlage die Produktenbörse wieder erscheinen. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Kaiser wohnte heute auf dem Kasernenhofe des 2. Dragoner-Regiments „Kaiserin von Rußland" der feierlichen Uebergabe der dem Regiment von der Kaiserin von Rußland verliehenen silbernen Kesselpauken bei. — Wie die türkische Botschaft mittheilen läßt, entbehrt die Zeitungsnachricht von der Erkrankung des Sultans jeder Begründung. — Mit der Ausführung der Zwangsmaßregeln Griechenland gegenüber dürfte von den verbündeten Mächten jetzt unmittelbar begonnen werden. Wie die „Post" hört, besteht die Absicht, dabei leise anzufangen und je nach Bedürfniß eine allmähliche Verschärfung eintreten zu lassen, wenn nicht Griechenland, dem Ernste der Lage entsprechend, sich inzwischen den Forderungen der Großmächte fügt. — Der Zustand des Staatssekretärs Dr. v. Stephan giebt neuerdings zu Besorgnissen Anlaß. Es scheint, daß eine zweite Operation nöthig wird. — Bezüglich des Entlassungsgesuchs des Staatssekretärs des Reichsmarineamts Admiral Hollmann ist eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Derselbe wohnte auch der heutigen Berathung der Budgetkommission des Reichstags über den Marine-Etat bei und betheiligte sich lebhaft an den Verhandlungen. Die Berathung des Marine-Etats wurde in der Kommission heute zu Ende geführt.

Hamburg. Nachdem alle Vermittelungsvorschläge der Arbeitgeber, ebenso diejenigen der Senatskommission, seitens der sogenannten „schwarzen Schauerleute" verworfen worden sind, hat der Verein der Importeure englischer Kohlen den Kohlenarbeitern ein Schreiben des Inhalts zugehen lassen, daß von Donnerstag, dem 18. März ab nur solche Leute zur Arbeit zugelassen werden, welche den bekannten Revers und den Lohntarif des Vereins vorher unterzeichnet hätten.

Straßburg i. E. Im Landesausschuß verlas heute bei der Generaldebatte der dritten Etatberathung der Abgeordnete Jannez eine von sämmtlichen lothringischen Abgeordneten unterzeichnete energische Erklärung gegen die vom Reichstagsabgeordneten Colbus in der Sitzung vom 25. Februar ausgesprochenen Angriffe gegen den Landesausschuß. Die Abgeordneten seien sich bewußt, jeder Zeit ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan zu haben. Abg. Dr. Petri sprach im gleichen Sinne Namens der Elsässer gegen die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Preiß, der seine Aufgabe darin erblicke, seine eigenen Landsleute in den Augen des ganzen deutschen Volkes herabzusetzen. Früher habe er sich vergeblich bemüht, ein Mandat zu dem Reichstag zu erlangen.

Friedrich & Glöckner streichf. Oellarben, Lacke, Firnisse eig. Fabrik, Spez.-Gesch.-Schwellstr., Farben, gas. gesch., ausgewogen nur in uns. Det.-Geschäft, Zahnerstr. 10, Kaitzerstr. 27b, Pieschen und Leipzig.